

Beschlüsse der 26. Beiratssitzung
vom 17. Oktober 2017

*

Tagesordnungspunkt:

Bericht über den Einsatz von Streetworkern im Bereich Burg

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis. Er hat ein großes Interesse daran, dass Betreuungsangebot der Comeback GmbH vor Ort auszuweiten. Es sollte auch ein Streetwork-Angebot für alkoholabhängige Menschen, die sich im öffentlichen Raum im Bereich Burg aufhalten, geschaffen werden. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport wird gebeten, hierfür die finanziellen Mittel bereitzustellen.

Tagesordnungspunkt:

**Vorstellung der Fahrrad-Premiumroute Bremer Norden
Innenstadt-Hemelingen (Bereich Burglesum)**

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat bedauert die erneute kurzfristige Absage des SUBV trotz rechtzeitiger Einladung durch das Ortsamt.

Inhaltlich stellt der Beirat fest, dass der weit überwiegende Teil des Stadtteils überhaupt nicht durch die geplante Routenführung erreicht wird und diese daher abgelehnt wird.

Er erwartet, dass das Erscheinen eines Vertreters des SUBV in der nächsten Beiratssitzung sichergestellt wird und u.a. zu folgenden Forderungen Stellung genommen wird.

1. Umsetzungsmöglichkeit der auf der Einweisungstour am 13.10.2017 vorgeschlagenen Routenänderungen im Bereich Burg-Grambke:

Die Lesumbroker Landstraße ist nicht optimal aufgrund landwirtschaftlichen Verkehrs (überbreite Traktoren etc.). Alternativ könnte man ab dem Lesumbroker Sielgraben parallel zur Lesumbroker Landstraße auf den Heinrich-Müller-Weg bis zur Straße Auf der Fredewisch - Gramber Sportparksee – Föhrenbrok – Grambker Heerstraße fahren.

Oder man fährt ab Auf der Fredewisch bis zur Dunge Siedlung Richtung Sportparksee und dann weiter wie vorab beschrieben.

In beiden Fällen würde man das Bürger Zentrum umfahren.

2. Darstellung von Maßnahmen wie die derzeit abgehängten Ortsteile an die Premiumroute angebunden werden sollen.
3. Darstellung der Kosten für eine alternative Nordvariante
4. Wie wird ein Winterdienst sichergestellt?

Tagesordnungspunkt:

Sicherung der Recycling-Stationen auch zukünftig sicherstellen

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, im Rahmen der geplanten Rekommunalisierung der Abfall-wirtschaft und Straßenreinigung, den Betrieb der Recycling-Station Steindamm und das damit verbundene Dienstleistungsangebot sicherzustellen und um eine Annahmemöglichkeit von Sperrmüll an diesem Standort zu erweitern.

Insbesondere die Öffnungszeiten sowie die bisher bestehenden kostenlosen Service und Leistungsangebote (Gefäßtausch, Annahme verschiedener Abfälle, etc.) dürfen durch die geplante Rekommunalisierung nicht verschlechtert werden.